Anlage 1

Satzung zur 7. Änderung der Unternehmenssatzung der Abwasserbeseitigung Weißenfels - Anstalt öffentlichen Rechts vom 15.11.2012

Aufgrund der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Sachsen-Anhalt (AStG) vom 03.04.2001, zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 22.06.2018 (GVBl. LSA S. 166, 179) und § 45 Abs. 2 Nr. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288, 333), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2021 (GVBl. LSA S. 100) hat der Stadtrat der Stadt Weißenfels in seiner Sitzung am 04.11.2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Unternehmenssatzung der Abwasserbeseitigung Weißenfels - Anstalt öffentlichen Rechts vom 15.11.2012 (Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt, Ausgabe-Nr. 12/2021, S. 223, i.V.m. der Anlage), zuletzt geändert durch Satzung vom 26.09.2019 (Weißenfelser Amtsblatt Nr. 12/2019, S. 3), wird wie folgt geändert:

Nach § 7 wird neu eingefügt:

„§ 7a

Durchführung von Abstimmungen in außergewöhnlichen Notsituationen

- (1) Im Falle einer festgestellten Notsituation i.S.d. § 56a Abs. 1 Satz 1 KVG LSA kann der Verwaltungsrat über Verhandlungsgegenstände im Wege des schriftlichen oder elektronischen Verfahrens abstimmen, soweit sich zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates zuvor im schriftlichen Verfahren hiermit einverstanden erklärt haben. Das Umlaufverfahren wird im Bedarfsfall vom vorsitzenden Mitglied des Verwaltungsrates im Einvernehmen mit dem Vorstand durchgeführt.
- (2) Über die Art und Weise der Durchführung der schriftlichen oder elektronischen Abstimmung nach Maßgabe des § 56a Abs. 3 KVG LSA, insbesondere die vorherige Beratung der Verhandlungsgegenstände in Form einer Telefon- oder einer Videokonferenz entscheidet das vorsitzende Mitglied des Verwaltungsrates im Einvernehmen mit dem Vorstand. Über die Durchführung der schriftlichen oder elektronischen Abstimmung ist die Öffentlichkeit unter Mitteilung der Abstimmungsgegenstände und -frist durch Bekanntmachung zu informieren. § 8 Abs. 2 gilt entsprechend.

- (3) Die Beschlussvorlagen sind den stimmberechtigten Mitgliedern mit allen für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen einschließlich der Informationen zu Art und Weise sowie des Termins der vorherigen Beratung der Verhandlungsgegenstände und der Frist zur Stimmabgabe so rechtzeitig wie möglich, mindestens jedoch unter Einhaltung einer Frist von einer Woche vor der Beratung der Verhandlungsgegenstände, schriftlich oder elektronisch zuzuleiten. Der Termin zur Stimmabgabe muss zeitlich nach dem Termin zur Beratung der Verhandlungsgegenstände liegen.
- (4) Die Stimmabgabe hat schriftlich oder elektronisch unter Gewährleistung der Urheberschaft zu erfolgen. Nicht fristgerecht abgegebene Stimmen zählen als Enthaltung.
- (5) Die Beschlüsse, die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst wurden, sowie das jeweilige Abstimmungsvotum der Mitglieder sind innerhalb eines Monats ortsüblich bekannt zu machen. Für die Bekanntmachung gilt § 52 Abs. 2 Satz 3 KVG LSA i.V.m. den Regelungen dieser Satzung entsprechend.“

§ 2

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Weißenfels,

R i s c h
Oberbürgermeister

(Dienstsiegel)